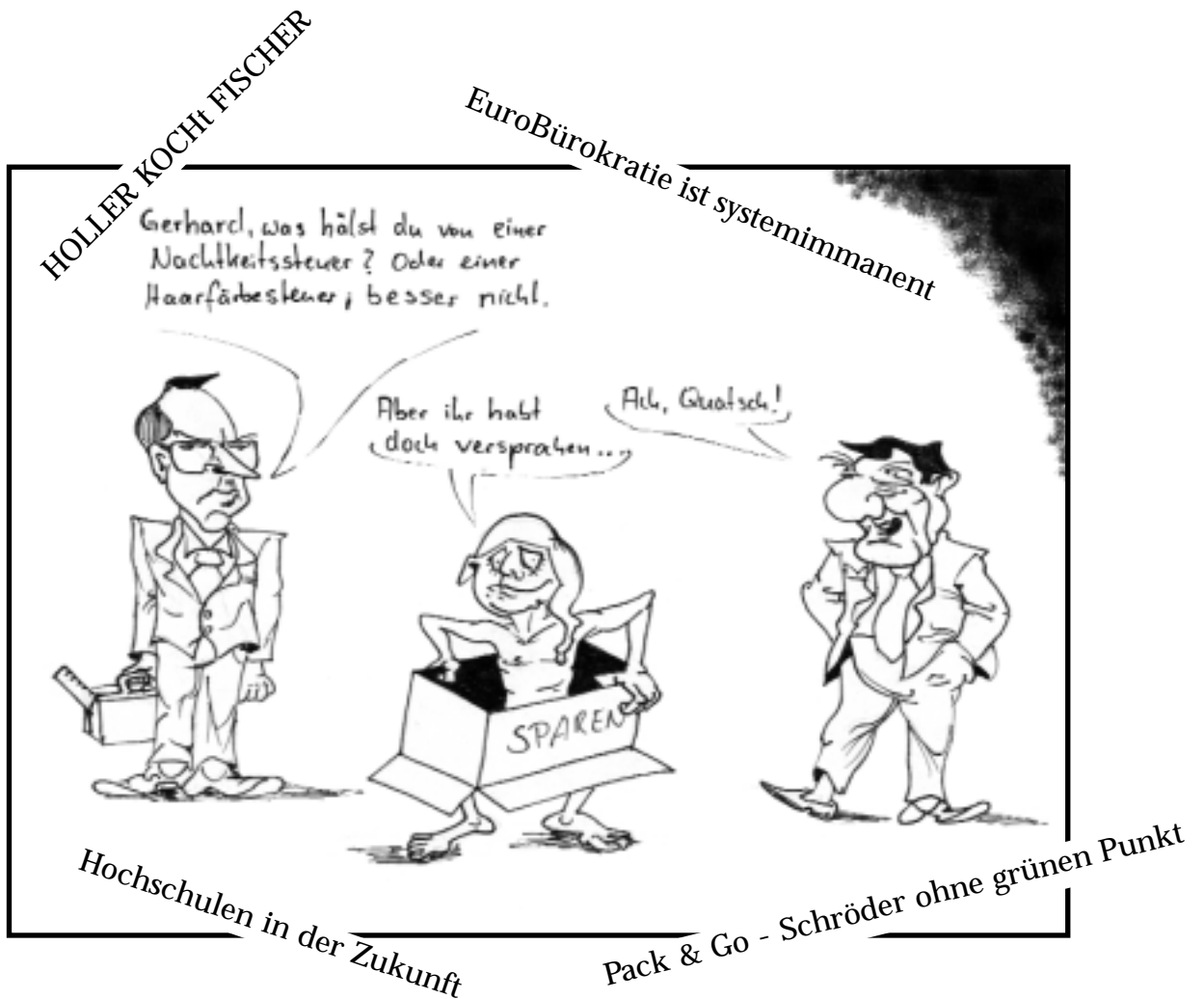


JUNI

JU NORDHESSEN INFO

www.JUNordhessen.de



Deutschland bekommt, was es schon immer
gebraucht hat !



Gerhard, der neue Stand-up-Comedian am
Abendhimmel über Deutschland.

Bald auch in Ihrer Nähe

*** 29. Februar in Kassel *** 30. Februar in Fritzlar *** 31. Februar in Frankenberg ***

Zusatzkonzert am 32. + 33. Februar in Ihrer Badewanne

Liebe JU´ler! Liebe Interessierte der Jungen Union!



Wieder einmal ist es soweit: Das neue JUNI ist da. Bestehend wie immer aus zahlreichen Berichten über Eure Veranstaltungen vor Ort steht es bereit zur Mitgliederwerbung und Information. Weiterhin bitte ich auch die Internetseite der Jungen Union Nordhessen unter www.junordhessen.de mit Terminen aus den Verbänden zu versorgen, damit alle einen umfassenden Überblick über Aktionen in ganz Nordhessen erhalten.

So, jetzt ist es auch schon genug mit dem Vorwort (Ich lese selbst ungerne Vorworte). Eines darf ich natürlich trotzdem nicht vergessen: Ich möchte im Namen der JU Nordhessen der JUNI-Redaktion für die schlafräuberische Erstellung des JUNIs und das Engagement danken. Dabei noch eine Bitte: Um auch weiterhin Euch ein aktuelles JUNI präsentieren zu können, brauchen wir dringend Verstärkung für die Redaktion. Wer Interesse hat, der kann sich gerne bei mir melden.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Euch

U. Weidemann

Ulrich Weidemann
-Bezirksvorsitzender-

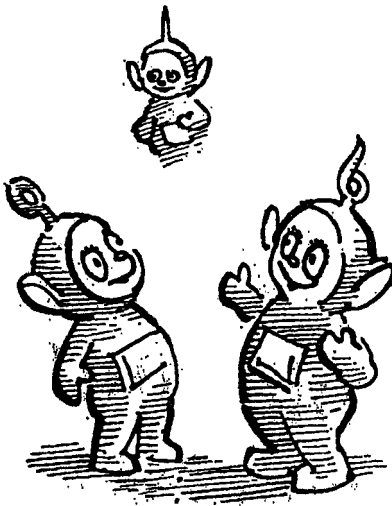
Ab in die 03. Runde ...

Hinter uns liegen die Weihnachtszeit und der Jahreswechsel, vor uns die Hessenwahlen. Bereits weit hinter uns liegt ein kurzer Sommer und eine Bundestagswahl. Wir befinden uns also mitten im Umbruch und folglich war diesmal alles anders.

Das Chaos bei der Erstellung dieses JUNIs war zu groß, um schlaflose Nächte zu haben. Deshalb sind wir umso erstaunter Euch dennoch ein neues JUNI präsentieren zu können. Damit wäre mal wieder klar herausgestellt, dass weder terminlicher, zeitlicher oder finanzieller Druck dieses Werk so schnell klein kriegen sollten.

Wenn Du Lust hast, uns beim nächsten Mal unter die Arme zu greifen und am Puls des JUNIs mitzuschwingen (Suchtgefahr!), melde Dich einfach mal bei uns.

Und nun viel Spaß bei unserem geistigen Werk ...



Marco Güde
Marco Güde

Michael Schär
Michael Schär



Sommerfest in Schwalmstadt

Mit einem zweitägigen Sommerfest in Schwalmstadt - Allendorf hat die Junge Union Schwalm-Eder ihre heiße Phase des Bundestagswahlkampfes begonnen. In traditioneller Manier wurde der harte Wahlkampf in ein angenehmes, sommerliches Kleid eines Sommerfestes gesteckt.

Zu der Veranstaltung konnten viele Ehrengäste begrüßt werden, so z.B. die jüngste Geheimwaffe der CDU Hessen und zugleich Spitzenkandidatin der JU Hessen im Bundestagswahlkampf

Kristina Köhler, 24 Jahre aus Wiesbaden. Ihr Ziel im Wahlkreis Wiesbaden war es Entwicklungshilfeministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD) den Wahlkreis abzugeben. Weitere Gäste der JU waren der Bundestagsabgeordnete Bernd Siebert, der Landtagsabgeordnete Mark Weinmeister, der Landtagskandidat Reinhard Otto und der Bezirksvorsitzende der Jungen Union Nordhessen Uli Weidemann. Die JU Schwalm-Eder wollte im Wahlkampf besonders jungen Menschen und Erstwählern deutlich machen, dass Rot-Grüne Politik der ruhigen Hand nach dem Motto "Versprochen - Gebrochen" eine Politik ohne Zukunft ist.

Als ein Beispiel hierfür kann man die Jugendarbeitslosigkeit nennen, wo die Rot-Grüne Politik gänzlich versagt hat. Ende Mai 2002 waren 453.000 Arbeitslose unter 25 Jahren registriert - das sind 15,6 Prozent mehr als ein Jahr zuvor.



Mit einer großen Eröffnungsfeier weihte die JU Bad Arolsen ihre neue Geschäftsstelle in der Schlosstrasse 11 ein. Der Vorsitzende der JU Bad Arolsen, Sven Patzer, begrüßte in seiner Eröffnungsrede viele Vertreter verschiedener CDU - Organisationen und Vertreter der städtischen

JU Bad Arolsen

Gremien. Die Geschäftsstelle der JU Bad Arolsen soll Anlaufpunkt für alle Jugendlichen sein, die sich für Politik interessieren. Sie hat in der Nähe des neuen Einkaufszentrums und des Barockschlosses eine gute Lage. Neben den in der Geschäftsstelle stattfindenden Sitzungen sollen dort auch Lan-Parties und politische Diskussionen veranstaltet werden. Nach der Eröffnungsrede wurde der Gewinner des "Ich will Rein" Gewinnspiels bekannt gegeben. Jörn Spandera wurde aus über 400 Teilnehmern gezogen und gewann ein Produkt der Firma Kirchner & Menge. Im Anschluss an die Eröffnung fand in den Räumen der Geschäftsstelle eine interessante Diskussion zum

eröffnet Geschäftsstelle

Thema "Jugend in der Politik" statt. Viele Jugendliche beklagten, dass den Jüngeren oft keine Chance gegeben werde sich in Gremien zu beteiligen, da die älteren Kandidaten gewählt würden. Dieses

Faktum zu beeinflussen ist nun auch deswegen ein stetiges Ziel der JU gewesen, welches man nie aus den Augen verlieren sollte.



Christoph Holler kandidiert für den Hessischen Landtag

Christoph René Holler (29), langjähriger JU-Vorsitzender und neuer Fraktionsvorsitzender der CDU-Fraktion in Kassel, kandidiert am 2. Februar 2003 für einen Sitz im Hessischen Landtag. Damit hat die Kasseler Union ihren Kurs eines Generationswechsels



weiter fortgesetzt. Mit Christoph Holler, der momentan Rechtsreferendar am Landgericht Kassel ist, hat die Kasseler CDU einen jungen und dennoch bereits erfahrenen Kommunalpolitiker nominiert. Der Jurist gehört seit über 10 Jahren der Kasseler Stadtverordnetenversammlung an und hat seitdem im Kommunalparlament Akzente gesetzt. Mit einem pragmatischen Kurs und dem festen Willen, parteipolitische Gezänk hinten anzustellen, geht er trotz so mancher Widerstände die wichtigen Themen an. Gemeinsam mit seinen politischen Freunden werden die für Kassel und ganz Nordhessen so bedeutenden Themen wie Ausbau des Flughafens Kassel-Calden, die Regionalreform und die Umstrukturierung des Klinikums Kassel behandelt und forciert. Christoph Holler, der einstimmig vom Bezirksvorstand der Jungen Union Nordhessen nominiert wurde, löst als Landtagskandidat im Wahlkreis Kassel-Ost Aloys Zumbrägel ab, der nicht wieder kandidierte. Die Junge Union hätte mit Christoph Holler, der auf JU-Ebene noch im Bezirksvorstand aktiv ist, einen weiteren Abgeordneten, der sich im Landtag für die Belange der jungen Generation einsetzen würde.

Deutschland im Jahr 2001: Eine links- pazifistisch orientierte Bundesregierung führt die früher so verhasste Bundeswehr mittlerweile in den zweiten Kriegseinsatz seit dem Machtwechsel vor drei Jahren. Sind die Motive - Terrorbekämpfung, Unterstützung des amerikanischen Bündnispartners, etc. - durchaus nachvollziehbar und gut, so ist die Art mit der Teile des kleinen Koalitionspartners den Krieg in Afghanistan sehen, ein Skandal. Der grüne Pazifisten- und "Alles Ablehner"- Flügel benutzt anbei eine Aussage, welche die Gefahr für unsere Soldaten verhöhnt: Soldaten sind Mörder.

Sie stammt vom Philosoph und Schriftsteller Kurt Tucholsky und wurde unter dem Eindruck des 1. Weltkrieges geprägt.

Die 68iger Generation und Friedensbewegungen der 70iger Jahre nutzten den Ausspruch zur Provokation, der vor dem Gerichtssaal nicht Halt machte. Es folgte die unendliche Geschichte durch die Instanzen bis 1995 das Bundesverfassungsgericht folgendes Urteil fällte: Diese Äußerung sei nicht als Tatsachenbehauptung zu verstehen, als Meinungsäußerung werde sie jedoch durch das Grundgesetz gedeckt.

Die Wirklichkeit hat die Linken, politisch artikuliert durch PDS und Grüne, aber eingeholt. Erinnern wir uns der humanitären Hilfeinsätze in Somalia oder nationaler Katastrophen wie dem Oder-Hochwasser, in denen die Bundeswehr Herausragendes geleistet hat. Soldaten sind eben kein Werkzeug mehr zur Durchsetzung der politischen Interessen auf dem Schlachtfeld. Soldat zu sein bedeutet heute Friedensstifter, Bauhelfer oder Polizist in Krisengebieten zum Wohle aller, legitimiert durch unsere Volksvertretung, den Bundestag.

Immer wieder tauchen "Soldaten sind Mörder" Parolen in diesen Zeiten auf. Aber warum sollten Soldaten Mörder

sein? Blicken wir zurück: Tatsache ist, ohne die alliierte Anti- Hitler- Koalition wäre es niemals möglich gewesen Hitler und den Nationalsozialismus zu stoppen, Englands Apeasement- Politik hatte keinen Erfolg. Gegen Diktatoren, das zeigte gerade auch Milosevic, ist der Krieg oft unausweichlich zum Erhalt von Menschenrechten und Demokratie.

Mit der Parole geht ein anderer Irrglaube einher: Geht ein Soldat in die Schlacht, ist es ihm gleichgültig für welche Ziele er kämpft. Das ist falsch. Selbst oder gerade die Naziführung vergaß es im September 1939 nicht zu erwähnen, dass Deutschland zur Verteidigung in den Krieg ziehe, nicht zum Angriff. Das hätte den Siegeswillen jeden

Einzelnen entscheidend geschwächt.

So lernt man es auch bei der Bundeswehr. Das Soldatentum sollte nicht verehrt werden wie zu Zeiten Kaiser Wilhelms. Der

Soldat war damals die Verkörperung von Vaterlandsverehrung und Treue und das höchste, was ein bürgerlicher Mensch erreichen konnte. Eine Tatsache, die später von Hitler ausgenutzt worden ist. Bezahlen mussten für ihn Millionen von u.a. deutschen Soldaten - Mörder waren sie bei weitem nicht.

Allerdings darf heutzutage ein Soldat aufgrund seines Berufes niemals verachtet oder beschimpft werden. Man sollte nicht vergessen, dass er ein Gelöbnis abgelegt hat, Deutschland zu verteidigen - mit seinem Leben. Und zwar freiwillig.

Die Frage, ob Soldaten Mörder sind stellt sich deshalb nicht. Wer es dennoch tut, ignoriert in fataler Weise welcher Gefahr sich der Bürger in Uniform jeden Tag im Kosovo, in Bosnien oder nunmehr in Afghanistan aussetzt um Frieden, Wohlstand und Demokratie zu schaffen und zu sichern.

"Soldaten sind Mörder?!?"
eine Stellungnahme von
Tobias Freitag

Kein Geld für Langzeitstudis

Gedanken zur Hochschullandschaft

von Kristina Köhler

"Hochschul sponsoring gefährdet die Freiheit der Wissenschaft",

stand auf dem Aufkleber, der in der Damentoilette im Philosophikum der Uni-Mainz direkt neben dem Spiegel pappte (oder immer noch pappt?). Jahrelang habe ich mich über diesen Aufkleber geärgert. Den Button mit "Ein Herz für Langzeitstudis", der an jedem Pfosten auf dem Campus klebte, fand ich zwar spontan immer ganz niedlich, bei näherer Betrachtung aber auch nicht zielführend. Denn ich bin ja meinetwegen in bestimmten Fällen bereit, Studenten im 18. oder 23. Semester in mein Herz zu schließen, ob ihnen der Steuerzahler aber immer noch ihr Studium finanzieren muss, ist eine ganz andere Frage.

Mit jedem Semester wuchs bei mir die Überzeugung, dass sich an unseren Unis einiges ändern muss. Jetzt hoffe ich, diese Reformen im nächsten Deutschen Bundestag mit anschieben zu können. Z. B. sollten wir die ZVS (Zentralstelle zur Vergabe von Studienplätzen) abschaffen. Wieso bedarf es einer Behörde, die nach ebenso komplizierten, wie teilweise unlogischen

und ungerechten Kriterien Studenten an Universitäten verschickt, an die sie gar nicht wollen? Ich will, dass alle Studenten sich in Zukunft direkt bei den Universitäten bewerben. Dass Studenten sich ihre Universitäten und Universitäten ihre Studenten selbst aussuchen dürfen. Dies hat einen entscheidenden Vorteil: Jede Seite muss dann für die andere möglichst attraktiv sein. Schüler müssten so gut wie möglich sein, um an ihrer Wunsch-Uni studieren zu können (und wenn weitere PISA-ähnliche bundesweite Studien auch für eine Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse sorgen, haben auch die Schulen ein großes Interesse daran, ihr Leistungsniveau zu stei-

gern, um ihre Schüler an den besten Unis unterzubringen).

Die Bewerbung bei der Universität sollte dann auch beinhalten, dass der Bewerber in einem kurzen Aufsatz darlegt, warum er genau dieses Fach und warum genau an dieser Uni studieren will. Ich bin mir sicher, dass man mit diesem Zwang zur Reflexion viele unbedachte Studienfachwahlen (nach dem Motto: "Ich weiß nicht, was ich studieren soll, also studiere ich Jura") und damit viele Studienabbrüche verhindern kann. Umgekehrt sind die Hochschulen gezwungen, durch möglichst attraktive Studienbedingungen, renommierte Wissenschaftler und kurze Studienzeiten für sich zu werben. Dies wird auch dazu führen, dass Universitäten sich ein individuelles Profil zulegen.



Wir müssen auch neue Wege in der Hochschulfinanzierung gehen. Mir hat das Argument, Hochschul sponsoring bzw. Kooperationen mit Unternehmen gefährdeten die Freiheit der Wissenschaft, nie eingeleuchtet. Ein Unternehmen will demonstrieren (und



damit natürlich auch für sich werben!), dass es die Sozialpflichtigkeit des Eigentums ernst nimmt und finanziert die Renovierung oder den Neubau eines Hörsaals. Und damit den Studenten auch in Zukunft klar ist, von wem die Wohltat kommt, heißt der Hörsaal danach nicht mehr HS VIII, sondern nach dem Unternehmen. Na und? Inwiefern soll dadurch die Freiheit der Wissenschaft gefährdet sein? Wieso sollte ein Unternehmen ein Interesse daran haben, Einfluss auf Forschung oder Lehre zu nehmen?

Es mag Einzelfälle geben - beispielsweise könnte ein Pharmaunternehmen ein Interesse daran haben, dass bestimmte

Ergebnisse über Nebenwirkungen eines Wirkstoffes nicht an die Öffentlichkeit geraten - aber mit welchem Recht werden hier Unternehmen einem Generalverdacht ausgesetzt? Oder eine Hochschule braucht eine Bestuhlung für einen Hörsaal und bietet an, dass wohlhabende Bürger für einen bestimmten Betrag einen Stuhl bezahlen können und dafür an jedem Stuhl ein Schildchen mit dem Namen des Spenders angebracht wird. Warum Menschen so etwas tun? Weil sie eitel sind. Weil sie es als angenehme Vorstellung empfinden, daß die nächsten Jahrzehnte lang Studenten ihren Namen lesen. Warum sollten wir diese Eitelkeit nicht nutzen?

Auch ein generelles Verbot von Studiengebühren lehne ich ab. Langzeitstudiengebühren (die aber berücksichtigen, wenn jemand Kinder zu versorgen hat, lange krank war oder Ähnliches) halte ich sogar für ein Gebot der Gerechtigkeit. Über weitergehende Modelle, wie etwa Studienzeitenkonten, Bildungsgutscheine oder Gebühren mit einkommensabhängiger Darlehenszurückzahlung muss vorurteilsfrei diskutiert werden. Eines muss aber klar sein: Es muss in jedem Fall gesichert sein, dass jeder, der die Fähigkeit und die Motivation zum Studium hat, auch studieren kann.

Pack Pünktlich zum Beginn der heißen Phase des Bundestagswahlkampfes veranstaltete u.a. die Junge Union Baunatal- Schauenburg, die JU Werra-Meißner und die JU Bad Arolsen (Photo rechts) in Zusammenarbeit mit der CDU Ständ auf etlichen Marktplätzen. In Baunatal ließ es sich bei schönem Wetter und &



Croissants mit dem Spitzenkandidaten Dr. Butterweck (Wahlkreis 169) besonders gut für Stoiber und unsere Politik werben. In Witzenhausen und Eschwege zogen die JU'ler mit Helmut Heidenreich (Photo oben), MdB, ebenfalls gemeinsam um.

Ein Wahlkampfstand eben - aber nicht in herkömmlicher Art und Weise. Den herausragenden "Glanz" verdankte man einer Aktion, die wohl bundesweit seines Gleichen suchte: "Wir helfen Gerd beim Packen" war das Motto an diesen Morgen. Mit freundlicher Unterstützung des Landesverbandes und seines Geschäftsführers Peter Tauber konnte man rund ein halbes Dutzend Umzugskartons mit der Aufschrift wie z.B. "Hohe Steuern und Abgaben" oder "Showkanzler" am Stand positionieren. Doch damit nicht genug: Der Höhepunkt war zweifelsohne eine Gerhard Schröder Maske, die die Gemüter erregte. Zu unseren Gunsten. Nicht lange unbeantwortet blieben allerorts auch die Postkarten mit der Frage, wohin denn unser Bundeskanzler nach der Wahl gehen sollte. In Baunatal zog es das Team zum Vorplatz der

Stadthalle hin, um Ministerpräsident Roland Koch um 14:00 Uhr begrüßen zu können. Dieser hielt ein Rede vor der Mittelstandsvereinigung. Nach einem gemeinsamen Foto und großem Beifall der Bürger konnte das Aktionskomitee noch einige kurze Worte mit unserem Landesvater wechseln.

Auch die JU Bad Arolsen nahm an dieser landesweiten Aktion teil. Vor der SPD-Unterbezirksgeschäftsstelle in Korbach wurden die Kartons mit den Fehlern der Rot-Grün-Regierung aufgestellt. Einige Autofahrer fuhren neugierig an den zu einer Pyramide aufgestellten Pappkartons vorbei. Auch der politische Gegner hatte sich auf die Aktion der Jungen Union vorbereitet. Die Junge Union wurde mit aus den Fenstern hängenden Plakaten wie "Gerhard bleibt" und "Alfred Hartenbach auch" mit einem gezwungenen Lächeln begrüßt. Die Junge Union bedauerte es allerdings, dass der Nachwuchs der SPD nicht vor Ort waren. Die Aktion fand bei den Passanten sowie den Jungen Union- Mitgliedern sehr guten Anklang.

Go

Doch auch wenn wir heute feststellen müssen, dass der Umzug nicht ganz erfolgreich abgeschlossen werden konnte, bleibt doch der alte Spruch bestehen: Nach der Wahl ist vor der Wahl - oder - Nach dem geplanten Umzug kommt der nächste Umzugstermin.



D e n O p f e r n d e r d e u t s c h e n

T e i l u n g a m 1 7 . J u n i



Traditionell ist der 17. Juni für die Junge Union Werra-Meißner ein Tag des Gedenkens. Daher fand auch in diesem Jahr wieder an

der Gedenkstätte Sickenberg die traditionelle Veranstaltung unter der Leitung der JU Werra-Meißner statt. An diesem Tage erinnerte die JU an die Opfer der deutschen Teilung und die des Sozialismus und legte aus diesem Anlass einen Kranz zum Gedenken nieder. Unter den Rednern befanden sich unter anderem Giselher Becker, ehemaliger Landesvorsitzender der JU Thüringen, und der Landesvorsitzende der Jungen CDA Hessen, Lars Hahn (2.v.l.).

"Joggen mit Joschka" - so warben Bündnis 90 Die Grünen für ihre Politik und ihren Kanzlerkandidaten Joschka Fischer. Unter diesem Motto bereiste Joschka Fischer 60 deutsche Städte, um ein wenig Sport mit seinen Fans zu treiben. Am 16. August kam der Grünen-Politiker schließlich nach Korbach, wo er in ungezwungener Atmosphäre mit seinen Anhängern gemeinsam lief und plauderte.

Auch die Junge Union Bad Arolsen kam an diesem Tag nach Korbach, jedoch nicht um zu joggen, sondern um ein wenig Wahlkampf zu machen. Bewaffnet mit Seifenblasen und Edmund-Stoiber-Plakaten und in JU-Polo-Shirts gekleidet, betraten die JU-Mitglieder den Ausgangspunkt der zehn Kilometer langen Strecke: Leider etwas zu spät, denn Joschka Fischer war schon gestartet. Doch man ließ sich die Laune dadurch nicht verderben und verteilte unter den noch anwesenden Kindern Seifenblasen mit der Aufschrift "Das einzige, was von Rot-Grün übrig bleibt". Erfreut von dieser Attraktion benutzten viele Kinder die Seifenblasen, so dass bald der gesamte Platz voller Seifenblasen war. Diese Aktion lockte bald die Jungen Grünen an. Gerne nahmen auch sie die Seifenblasen in Empfang. Kurz bevor Joschka Fischer seine 10-Kilometer-Distanz absol-



viert hatte, betrat man erneut den Vorplatz. Dort stellte man sich so auf, dass die ankommenden Läufer das mitgebrachte Edmund-Stoiber-Plakat gut betrachten konnten. Nach einem kurzweiligen und erfolglosen Versuch der noch grünen Jugend die Plakate zu verdecken oder anders zu stören widmete man sich wieder der Hauptaufgabe - der Wahlkampfpolitik: Als die ersten Läufer das CorVita-Kaufhaus erreichten, wurde das Stoiber-Plakat noch höher in die Luft gehalten. So erspähte Joschka Fischer die Junge Union und ging direkt zu den Mitgliedern.

Das Gespräch zwischen dem Grünen-Politiker und den JU-Mitgliedern lief folgendermaßen ab:

Fischer : Schön, dass die Junge Union auch hier ist, aber warum seit ihr nicht mitgelaufen??

JU : Sie sind zu früh gestartet.

Fischer : Immer das gleiche mit euch. Als ich so jung war, war ich auch noch in der JU!

JU : Und als sie älter geworden sind, haben sie dann so einen Fehler gemacht?

Als der erste Vorsitzende Sven Patzer auch Joschka Fischer Seifenblasen überreichen wollte, lehnte er diese ab: "Gebt das eurer Angela Merkel, aber nicht mir..." Während Joschka Fischer die letzten Worte an seine Fans richtete, dankte er noch einmal allen Läufern und verabschiedete sich bei den Mitgliedern der Jungen Union.



Wird nach der Bundestagswahl für die CDU alles gut? Die Bundesregierung produziert momentan nur Brauchbares für die Ablage Papierkorb und ist mit der Lösung der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und sozialen Probleme in diesem Lande weit überfordert. Die Union liegt in den momentanen Umfragen weit vorn, ist sogar stärker als Rot und Grün zusammen. Die Aussichten für die Landtagswahl am 02. Februar in Hessen scheinen somit vorzüglich zu sein. Was kann noch schiefgehen? Auf die Bundesregierung kann man sich doch verlassen. Sie wird schon alles für einen Wahlsieg für die Union tun, oder? Denkste! Ich kann nur vor solchen Überlegungen warnen. Erstens führen sie zur Überheblichkeit und zur eigenen Passivität. Zum zweiten kommt es immer anders, als man denkt. Wie vor der Bundestagswahl wird die SPD auch vor den Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen alles versuchen um den Bürger zu täuschen. Damals gelang ihr das durch den Missbrauch der Kriegsangst der Bevölkerung bezüglich eines Konfliktes im Irak und der vorsätzlichen Irreführung über die Finanzlage der Bundes. Was wird der SPD im Januar 2003 einfallen? Welche Instrumente

Alles wird gut ?

wird sie einsetzen, um den Bürger wieder zu manipulieren? Man weiß es nicht, es ist ungewiss. Darauf dürfen wir uns als CDU und Junge Union aber nicht verlassen. Wir müssen für die Zukunft dieses Landes kämpfen und die verfehlte Politik der Bundesregierung den Leuten klar machen. Und dies fängt natürlich in Hessen und Niedersachsen an. Die Mehrheit der Union im Bundesrat darf nicht verloren gehen. Nur damit kann man eigene Konzepte einbringen und verhindert einen Alleingang der Regierung zur Erzielung eines Eigentors. Wie können wir das als Junge Union unterstützen? Nun, indem wir jetzt sofort anfangen, den Wahlsieg zu sichern, durch Aktionen, durch Diskutieren, durch Überzeugen. Gerade in der Weihnachtszeit bietet es sich an, bei einem Glühwein am eigenen Stand mit Jugendlichen ins Gespräch zu kommen. Egal was ihr aber macht, ihr habt die Unterstützung von Landes- und Bezirksverband. Also, sorgen wir gemeinsam dafür, dass Gerhard Schröder und seine SPD die Rote Karte bekommt, und wir die Tore schießen, damit Deutschland erstklassig bleibt und bald Meister wird.

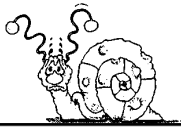
Uli Weidmann

Am
Freitag, den 27.10.2002 ging es
um 18.00 Uhr los Richtung München. Nach dem wir uns
durch das Verkehrschaos auf der Autobahn gekämpft hatten, freuten sich alle auf ein
kühles Bier. Oliver André (KV Werra-Meißner) hatte alle in der Münchner Burschenschaft
Cimbria untergebracht. Gleich nach der der Ankunft wurde auf der Terrasse des
Verbindungshauses, welches sich natürlich in München Bogenhausen (zwei Straßen weiter
hatte Boris Becker sein Haus) befand, ein Holzfaß angestochen und etwas zu Essen gekocht.
Daraus resultiert noch ein fröhlicher Abend mit netten Gesprächen. Viele der Mitgereisten
waren sehr daran interessiert zu erfahren wie es sich so das Leben bei einer Burschenschaft
abspielt. Die Jungs von der Burschenschaft beantwortet fleißig jede Frage und zeigten mit
stolz ihr Haus. Am nächsten Morgen gab es dann ein großes gemeinsames Frühstück im
Kneipsaal. Gegen 11.00 Uhr ging es nun auf die Wiesen, wo im Schottenhummel (das
traditionelle Studenten Festzelt, dort wurden in den Anfangsjahren sogar noch
Vorlesungen während der Wiesen gehalten) schon Tische reserviert waren. Und jedem
schmeckte seine erster Liter Bier am frühen Morgen. Es dauerte nicht lange bis dann im
Zelt die gute Stimmung um sich griff und alle ausgelassen feierten und auf den Tischen und
Bänken tanzten. Mit jeder Maß wurde auch der Kontakt leichter zu den hübschen
Einheimischen in ihren Trachten. Die Zelte wurden schon um 13.00 Uhr wegen Überfüllung
geschlossen. Am späten Nachmittag ging es dann wieder zurück aufs Haus, wo endlich die
Kräfte für den weiteren Abend gesammelt wurden. Die Junge Union hat in kleineren Gruppen
die Bayrische Hauptstadt unseres Edmunds unsicher gemacht. Ausgenüchert und frisch stand
dann am Sonntag noch eine kleine Stadtrundfahrt an mit Englischen Garten und Rathaus. Fest
steht aber schon eins, daß es nächstes Jahr wieder auf Oktoberfest nach München
geht, um diese unbeschreibbare Stimmung in den Festzelten zu erleben.

17 Teelichter brannten auf den Tischen der Diskussionsrunde der Jungen Union Bad Wildungen. Sie sollte an die 17 Opfer des Amokschützen in Erfurt erinnern. Die Opfer von Gewalt standen im Mittelpunkt eines Aktionstages der Wildunger Jungpolitiker. Der Aktionstag gliederte sich in einen Stand vor dem Wildunger Kurschattenbrunnen vormittags und eine Diskussionsrunde am Nachmittag im Hotel "Quellenhof". Als Gast war der Vorsitzende der "Gewaltopferhilfe Direkt" Albrecht Kersting geladen. Die Opferhilfe wurde 1997 von Opfern, Opferhelfern und besorgten Eltern ins Leben gerufen, um Hilfe zur Selbsthilfe zu geben. "Wir wollen den Opferschutz in den Vordergrund rücken", betonte Kersting und bemängelte zugleich, dass Beratungs- und Hilfseinrichtungen ihr Angebot häufig an die Straffälligen richten und dabei Gefahr liefen, die Geschädigten aus dem Blick zu verlieren. Kersting erläuterte die Folgen einer Vergewaltigung und las Einzelschicksale vor. Von Schreckhaftigkeit, immer wiederkehrenden Träumen und dem völligen Verlust des Sicherheitsgefühls bis hin zu Panikattacken und Selbstmorden reichen die Auswirkungen vom schrecklichen Erlebten. "Das Ich stirbt. Man ist dann ein Leben lang Opfer", resümierte Kersting. Die Gewaltopferhilfe springt genau hier ein und gibt Opfern von der Anzeige bis nach den anstrengenden Gerichtsprozessen Hilfestellung. Kersting, der seit zehn Jahren für den Weißen Ring engagiert ist, bringt einen Großteil seiner Freizeit ehrenamtlich mit der Arbeit in der Opferhilfe. Harald Wieck von der Edertaler CDU gab zu Bedenken, dass man bei all der Arbeit am Opferschutz nicht vergessen dürfe, dass die Öffentlichkeit gerade bei Sexualverbrechen schnell begeistert und mobilisiert würde. "Man kann auch schnell unter falschen Verdacht geraten. Und dann muß man erst mal beweisen, dass man ein Verbrechen nicht begangen hat", so Wieck. Der Aktionstag der JU Bad Wildungen / Edertal fand im Rahmen eines Landesaktionstags zur "Inneren Sicherheit" statt. Viele JU-Verbände in Hessen organisierten Veranstaltungen mit Polizei oder Bundeswehr. Bei der JU Bad Wildungen / Edertal wollte man hingegen die Gewaltverbrechen nebenan thematisieren. Die Gewalt im privaten Bereich ist oft noch immer Tabu-Thema.

Ein Leben lang Opfer





Impressum

JUNI
Junge Union
Nordhessen-Info

Auflage:
1000 Exemplare

Herausgeber:
Ulrich Weidemann als
Vorsitzender der
Jungen Union
Nordhessen

Chefredaktion:
Marco Güde,
Michael Schär

weitere Mitarbeiter:
O. André, B.-M. Birke,
C. Rösch, T. Freitag,
U. Weidemann

Druck:
Druckerei Müller,
Calden-Ehrsten

JUNI ist das offizielle
Sprachrohr der JU-
Nordhessen.

Namentlich
(Verfasser bzw.
Kreisverband) gekenn-
zeichnete Artikel geben
nicht unbedingt die
Meinung des Verbandes
oder der Redaktion
wieder.

Erscheinungsgebiet:
Nordhessen

Redaktionsanschrift:
Waberner Str. 20
34560 Fritzlar
Fax: 01212 -
526 841 071

email:

JUNI@junordhessen.de

JUNI-online:

www.JUNordhessen.de

Rede zur Lage der Nation

Das Ziel ist unklar, aber die Vision ist groß. Wir leben in seiner Mitte und dennoch fehlt uns die Identifikation. Wir kennen es - aber wollen wir es auch so? Europa ist ein gerade aus den Windeln geschlüpftes Kind, das in den letzten Jahren die ersten ernstzunehmenden Gehversuche auf internationalem Boden beginnt. Doch wo läuft das Kind hin? Lläuft es vielleicht in die falsche Richtung?

Die Vision eines geeinten Europas entsprang maßgeblich der Idee, dass ein vereintes Europa auch ein friedliches Europa sei. Doch steckt hinter diesem Ziel der Vereinigung nicht auch ein kleines Problem? Bis zur Gründung Europas zeichnete sich Europa gerade durch eine mannigfaltige Varianz an Staatssystemen aus, welche wettbewerblich miteinander konkurrierten. Von Diktaturen mal abgesehen, mussten Staatschefs stets befürchten, dass ihre Bürger bei Missfallen in einen anderen Staat abwandern würden. Diese "Abstimmung zu Fuss" ist nichts anderes als der Wechsel von einer Handelsmarke zur nächsten (Wenn mir Milka zu teuer wird, kaufe ich eben Sarotti). Wettbewerb ist meist eine Stärkung des Verbrauchers, will sagen des Bürgers. Natürlich geht es nicht um den völlig uferlosen und kapitalistischen Kampf der Kräfte des Marktes - solche wirren Ideen überlassen wir lieber den Liberalen. Es geht darum, dass es sich ein Land überlegen wird, eine überzogene Steuer einzuführen, wenn sie damit die Abwanderung von Bevölkerung oder Industrie riskiert. Um dieses Problem auszuschließen, werden Steuersätze "harmonisiert", was selten zu einer Senkung führt (s. Mehrwertsteuererhöhung). Nachdem mittlerweile immer mehr Entscheidungen mit einer qualifizierten Mehrheit im Rat gefällt werden können, besteht u.U. die Möglichkeit (, die sich teilweise schon angedeutet hat), dass ein Länderkartell seine überzogenen Regelungen den Minderheitenländern aufdrängt, um selber bei seinen Auflagen, Steuern oder Abgaben zu bleiben ("strategy of raising rival's costs"). Ob diese Regelungen den Wünschen des Landes und ihrer Bürger entsprechen, ist dabei scheinbar irrelevant.

Einer immer stärkere Zentralisierung hat den Bürokratieberg Europa aufgebläht und jede Menge Sinnlosigkeit hervorgebracht: einen "beratenden Ausschuss für die Ausbildung von Hebammen" (eines von ca. 350 Komitees der Kommission), Verordnungen für das Jagdrecht, Finanzierungen von Büros für Managing- und Marketingberater (im Rahmen des Projektes "URBAN") oder Zuständigkeit für Tourismus (Projekt "Philoxenia"). Man sollte sich nunmehr deutlich überlegen, ob Europa wirklich dafür zuständig sein muss. Sind damit wirklich immer die besten individuellen Lösungen am Zuge?.

Alle Bundesstaaten der Welt weisen die Tendenz auf sich zu zentralisieren, bis der Bundesstaat größer ist als die Summe der Einzelstaaten (bzgl. der Beamten und des Etats). Lediglich Kanada hält ein stabiles Verhältnis aufrecht. Der Grund? Hier sind die die Vertreter der Provinzen (=Bundesländer) nicht über eine Institution (Bundesrat) in die Gesetzgebung mit eingebunden, so dass sie keine großes Interesse haben, Kompetenzen abzugeben. Ein "Europa der Regionen" sollte ebenso bedeuten, dass Entscheidungen da getroffen werden, wo man den besten Bezug hat - also dezentral. Europa ja, aber mit Sinn und Verstand und nicht mit Machtgier und Regelungswut.

Marco Güde

--ANZEIGE--

Garfield

